

26.03.2024

## Schuldenbremse/Öffentliche Investitionen

### Ausgangslage

Die sogenannte Schuldenbremse stellt sich immer mehr als Investitions- und Zukunftsbremse heraus. Eingeführt als Instrument einer neoliberalen Sparpolitik, ist sie zu einem starren Hindernis geworden, mit dem wichtige Zukunftsinvestitionen blockiert werden. Die Erneuerung maroder Schulgebäude, kaputter Schwimmbäder, der Ausbau des Schienennetzes und der Digitalisierung – all das wird von der Schuldenbremse ausgebremst. Während andere Länder ihre Industrie und Infrastruktur massiv finanziell unterstützen und damit auch Arbeitsplätze sichern, lähmt die Schuldenbremse in Deutschland die Wirtschaft, verhindert dringend notwendige Investitionen und spart so die Zukunft unseres Landes kaputt.

### Position des DGB

Der DGB hat die Schuldenbremse schon immer als unflexibles Instrument kritisiert. Wir fordern eine Abkehr von der Schuldenbremse und eine Investitionsoffensive, vor allem in den Bereichen, die für eine zukunftsfähige Wirtschaft, sichere Arbeitsplätze und den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidend sind: Eine klimaneutrale Industrie, erneuerbare Energien, lebenswerte Städte und Gemeinden, bezahlbarer Wohnraum, guter Nahverkehr, Krankenhäuser, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie ein hochwertiges Bildungssystem. <https://www.dgb.de/schwerpunkt/schwarze-null-schuldenbremse-und-investitionen>

### Die AfD: Festhalten an der Zukunftsbremse statt dringend notwendiger Investitionen

*Argument der AfD: Nur die AfD tritt konsequent für eine solide Finanzpolitik ein und stärkt damit den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland.*

- Das behauptet die Partei zwar, es stimmt aber nicht. „Solide Finanzpolitik“ heißt meistens „Sparkurs“: Wie keine Partei außer der FDP hält die AfD an der Schuldenbremse fest und bremst so Investitionen in eine zukunftsfähige Wirtschaft aus. Aber die Spitzenleute der AfD vertreten bis heute das Konzept des finanziell schwachen Staates. Kein Wunder, war doch [Alice Weidel](#) über Jahre im Herzen der neoliberalen Finanzindustrie wie Goldman & Sachs beschäftigt. Um den Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland wirklich zu stärken, braucht es aber einen aktiven Staat, der die Infrastruktur erneuert und die Modernisierung der Industrie fördert. Länder wie die USA machen das und sind sehr erfolgreich.

*Argument der AfD: Die AfD steht für solide, verantwortungsvolle Finanzen und greift den Bürgern nicht weiter in die Tasche*

- Vor allem den Reichen greift die AfD nicht weiter in die Taschen: Sie wehrt sich mit aller Kraft gegen die stärkere Besteuerung hoher Vermögen und Erbschaften. Bei Menschen mit weniger Geld langt die Partei gerne zu und schlägt immer wieder Einsparungen im Bereich Arbeit und Soziales vor. So antwortete ihre Fraktionsvorsitzende Alice Weidel im März 2018 im Bundestag auf die Frage, woher das Geld kommen solle, wenn man die Steuern für Reiche senkt: „Durch Einsparungen! Bei Arbeit und Soziales kann man einsparen!“ <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19020.pdf#page=30>

- Neben der Schuldenbremse fordert die AfD auch eine „Steuer- und Abgabenbremse“. Das hört sich gut an, zielt aber vor allem auf die Bezieher höherer Einkommen, die die AfD schützen will. Ein Deckel für Sozialabgaben entlastet Unternehmen, die in Deutschland einen Teil der Abgaben zahlen. Belastet werden aber die Beschäftigten, die eine schlechtere soziale Absicherung hinnehmen und private Vorsorge bezahlen müssen. Niedrigere Steuern für Reiche und Schuldenverbot machen den Staat handlungsunfähig. Doch einen schwachen Staat können sich nur Reiche leisten, nur wer einen Swimmingpool vor der Villa hat, kann auf das öffentliche Freibad verzichten.

*Argument der AfD: Mehr Schulden treiben das Land in den Ruin und gefährden die Zukunft unserer Kinder, die unsere Schulden von heute dann morgen mühsam abbezahlen müssen!*

- Schulden sind nicht per se schlecht: Privatpersonen kaufen ihr Eigenheim mit Immobilienkrediten und Unternehmen finanzieren Investitionen über Schulden. Kreditfinanzierung ist ganz normal und sollte dem Staat nicht verwehrt bleiben. Kreditfinanzierte Investitionen in Straßen, Schulen und eine moderne Wirtschaft sichern Arbeitsplätze, bringen Wachstum und Steuereinnahmen und zahlen sich am Ende aus. Es sind gerade unsere Kinder, die von heutigen Investitionen profitieren. Bessere Nahverkehrsverbindungen und sichere Arbeitsplätze kommen künftigen Generationen direkt zugute. Aufgenommene Staatsschulden bemerken sie gar nicht, weil die Schuldenlast von der wachsenden Wirtschaftsleistung kompensiert wird.

*Argument der AfD: Ein Staat muss sparsam haushalten. Er sollte nicht mehr ausgeben, als er einnimmt.*

- Falsch: ein Staat kann und muss anders handeln, als ein Privatmensch. Während letzterer Schulden in aller Regel im Laufe des Lebens tilgen muss, kann der Staat zur „Tilgung“ auslaufender Schuldscheine, neue Schulden aufnehmen. Das wurde weltweit fast immer so gemacht und ist kein Problem, solange die Schuldenlast insgesamt beherrschbar bleibt. Der Staat muss zudem die Gesamtwirtschaft im Auge haben. Er hat beispielsweise die Aufgabe, im Fall eines Wirtschaftsabschwungs durch schuldenfinanzierte Ausgaben, die Konjunktur wieder ankurbeln. Auch dieser staatlichen Aufgabe steht die Schuldenbremse im Wege.

*Argument der AfD: Der Staatsapparat ist viel zu aufgebläht. Ein Staat sollte möglichst schlank sein, dann kostet er auch weniger.*

- Falsch: Deutschland hat gemessen an der Wirtschaftsleistung im europäischen Vergleich unterdurchschnittliche [Staatsausgaben](#) und eine vergleichsweise niedrige Staatsschuldenquote – es wäre daher fatal, trotzdem durch die Schuldenbremse eine aktivere Staatstätigkeiten verhindern zu wollen. Nur die Reichsten unserer Gesellschaft können sich einen Staat leisten, der seinen Aufgaben nicht nachkommen kann – alle anderen müssen sich auf eine gute öffentliche Daseinsvorsorge verlassen können.
- Die AfD behauptet auch, dass in Deutschland besonders viele Menschen im öffentlichen Dienst oder dem Beamtentum arbeiten würden – tatsächlich sind im öffentlichen Sektor nur [11,1 Prozent der Menschen beschäftigt](#), deutlich weniger als im OECD-Schnitt (18,6 Prozent). Zwischen 1991 und 2022 ist die Zahl der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst um 23% von 6,7 auf 5,2 Millionen gesunken.

#### **Positionen und Zitate der AfD**

- <https://afdbundestag.de/kay-gottschalk-schuldenbremse-bewahren-finanzpolitik-verantwortungs-bewusst-gestalten/>
- <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/>
- Steuer- und Abgabenbremse: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm\\_AfD\\_Online\\_.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/05/Programm_AfD_Online_.pdf), S. 74
- Ablehnung Vermögens- und Erbschaftssteuer: <https://www.afd.de/steuern-finanzen-wirtschaft-arbeit/>